

61. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, KÖLN, 24. bis 25. April 2010

Seite 1

ANTRAG NR.

Zeile

□ □

1

2 **Betr.: Entwurf eines Antrags zum Bundesparteitag**

3

4 **Antragsteller: Bundesvorstand**

5

6 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

7

8

9 **Für faire Finanzbeziehungen zwischen Bürger und Staat**

10

11 **Ob als Steuerzahler oder als Transferempfänger – Leistung muss sich immer lohnen**

12

13 Die Zukunft unseres Landes wird von den Bürgern gestaltet. Wir Liberale wollen deshalb
14 einen sicheren Rahmen dafür schaffen, dass jeder Einzelne seine Fähigkeiten, seine Tatkraft
15 und seine Initiative entfalten kann. Einen Rahmen, der Perspektiven eröffnet und Vertrauen
16 schafft, weil jeder die faire Chance hat, sein Leben selbst in die Hand zu nehmen und zu
17 verbessern.

18

19 Eine Politik, die ihre Bürger entmündigt und systematisch gegeneinander in Stellung bringt,
20 erzeugt nur Hoffnungslosigkeit, Spaltung und Stillstand. Wir Liberale wollen einen anderen
21 Weg. Wir wollen Deutschland zu einem Land des Aufstiegs machen. Deshalb wollen wir eine
22 breite und langfristig angelegte Bildungsoffensive. Deshalb wollen wir einen fairen Steuer-
23 und Sozialstaat. Deshalb wollen wir solide Staatsfinanzen im Interesse der nachfolgenden
24 Generationen.

25

26 Ein fairer Steuer- und Sozialstaat stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Er erhöht die
27 Bereitschaft der Starken zur Solidarität mit den Schwachen. Und er stärkt das
28 Selbstbewusstsein und die Leistungsfähigkeit der Schwächeren, die nicht mehr in staatlich
29 verordneter Abhängigkeit verharren müssen, sondern Hilfe zur Selbsthilfe erhalten.

30

31 In einem fairen Steuer- und Sozialstaat wirken Hilfsbereitschaft und Leistungsbereitschaft
32 zusammen: Wer erlebt, dass er sich auf die Unterstützung der Gemeinschaft verlassen kann,
33 dass er aber auch selbst seine Lebensumstände spürbar verbessern kann, dem wachsen neue
34 Kräfte zu. Wer erkennt, dass der Sozialstaat jedem eine Grundsicherung gegen
35 Schicksalsschläge bietet, dass aber auch der Hilfsbedürftige sich im Rahmen seiner
36 Möglichkeiten anstrengt, der ist um so mehr bereit zu teilen und zu helfen. In einem fairen
37 Steuer- und Sozialstaat gilt das Prinzip: Wer arbeitet, muss mehr haben als derjenige, der nicht
38 arbeitet.

39

40 Das Steuer- und das Transfersystem sind aufs Engste miteinander verbunden. Das eine kann
41 im Sozialstaat nicht ohne das andere gedacht werden. Gemeinsam regeln die beiden Systeme
42 die finanziellen Beziehungen zwischen dem Bürger und seinem Staat. Alles was der Staat
43 nimmt und verteilt, muss zuvor von den Bürgern erwirtschaftet werden.

44

61. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, KÖLN, 24. bis 25. April 2010

Seite 2

ANTRAG NR.

Zeile

1 Gerechtigkeit bemisst sich deshalb nicht nur an den Auszahlungen des Staates, sondern auch
2 an den Lasten, die er zuvor auferlegt. Eine wirklich soziale Politik darf die Frage, wie der
3 Staat Geld ausgibt, niemals lösen von der Frage, wie er dieses Geld bei den Bürgern eintreibt.
4 Zu einem gerechten Sozialstaat gehört immer auch ein gerechtes Steuersystem: Arbeit muss
5 sich immer lohnen.

6

7 Die wirtschaftliche Lage unseres Landes ist durch die internationale Finanzkrise zuletzt
8 deutlich schwieriger geworden. Wir leben in einer Zeit, in der den Bürgern außergewöhnlich
9 viel abverlangt wird. Gerade in dieser Situation brauchen wir aber die richtigen Impulse und
10 Maßstäbe. Ob Steuerzahler oder Transferempfänger: Alle Bürger müssen darauf vertrauen
11 können, dass es fair und gerecht zugeht und dass ihre eigenen Anstrengungen vom Staat
12 unterstützt werden.

13

14 Mit ihrem Deutschlandprogramm 2009 hat die FDP deutlich gemacht, dass sie als einzige
15 Partei ein klares Konzept für eine Neuausrichtung des Steuer- und Sozialstaats vertritt. Dort
16 haben wir unsere Zielvorstellung einer grundlegenden Steuerreform und eines liberalen
17 Bürgergeldes formuliert. Aber schon vor der Wahl haben wir darauf hingewiesen, dass diese
18 Reformen nicht auf einen Schlag, sondern nur in Schritten realisiert werden können. Im
19 Koalitionsvertrag haben wir den Rahmen für die ersten wichtigen Schritte in dieser
20 Legislaturperiode festgelegt.

21

22 **A. Steuerreform: einfach, niedrig und gerecht**

23 Die Fähigkeit und Bereitschaft der Bürger, Steuern zu zahlen, bildet die finanzielle Grundlage
24 jeder Art staatlichen Handelns. Die Steuerzahler bringen die Mittel auf, die nötig sind,
25 Bildungseinrichtungen, Straßen und Schienen, ein funktionierendes Rechts- und
26 Verwaltungssystem und nicht zuletzt ein wirksames soziales Sicherungsnetz zu
27 finanzieren. Die FDP will ein faires und gerechteres Steuersystem, das die Bürger animiert,
28 mehr zu leisten, das sie optimistisch in die Zukunft blicken lässt, weil sie die Chance sehen,
29 aus eigener Kraft ihre Lebensumstände zu verbessern. Der Bürger als Steuerzahler muss
30 vertrauen können, dass er durch die Besteuerung nicht über Gebühr oder in unfairer Weise
31 belastet wird. Hier ist in der Vergangenheit eine Schieflage entstanden, die wir korrigieren
32 müssen.

33

34 Für die FDP ist es nicht gerecht und nicht fair, wenn ein durchschnittlich verdienender
35 ganztags beschäftigter Arbeitnehmer mit einem Bruttolohn von 3.100 Euro im Monat von
36 jedem zusätzlich verdienten Euro nur noch 42 Cent ausgezahlt bekommt. Für die FDP ist es
37 nicht gerecht und nicht fair, wenn der Staat seinen Bürgern Steuern abverlangt, die Regeln
38 dafür aber so kompliziert sind, dass weder die Steuerbürger und Unternehmer, noch die
39 steuerberatenden Berufe sie fehlerfrei anwenden können. Wenn darüber hinaus auch die
40 Finanzverwaltung das Steuerrecht nicht fehlerfrei anwenden kann, gefährdet das die
41 Glaubwürdigkeit des Staates.

42

43 Wir müssen die Entwicklung stoppen, dass im komplizierten Hin und Her des staatlichen
44 Nehmens und Gebens immer mehr Bürger das Vertrauen verlieren, dass mit ihren
45 Steuergeldern auch verantwortungsbewusst umgegangen wird. Das Ergebnis sind

61. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, KÖLN, 24. bis 25. April 2010

Seite 3

ANTRAG NR.

Zeile

1 inakzeptable Ausweichreaktionen wie Steuerhinterziehung, Steuerflucht und Schwarzarbeit.
2 Wenn in Deutschland das jährliche Volumen der Schwarzarbeit bei 360 Milliarden Euro liegt,
3 gefährdet das den Zusammenhalt der Gesellschaft. Wenn immer mehr Bürger das Vertrauen in
4 ihren Staat verlieren, muss die Politik gegensteuern. Auf den Steuerzahlern gründen die
5 finanziellen Fundamente unseres Landes. Die extrem angespannte Situation der öffentlichen
6 Haushalte macht die Notwendigkeit einer fairen und gerechten Besteuerung umso
7 zwingender. Deshalb ist es vorrangiges Ziel in dieser Legislaturperiode mehr Gerechtigkeit
8 und Fairness im Steuersystem zu schaffen: Bei den Besteuerungsregeln, im
9 Besteuerungsverfahren und beim Steuertarif.

10

11 **1. Erste Entlastung für Familien und Unternehmen**

12 Mit dem **Wachstumsbeschleunigungsgesetz** hat die neue Mehrheit aus Union und FDP eine
13 erste wichtige Weichenstellung getroffen. Nur 3 Monate nach der erfolgreichen
14 Bundestagswahl sind die Familien im Umfang von 4,6 Mrd. Euro entlastet worden. Nicht
15 Steuererhöhungen wie in der großen Koalition, sondern eine Erhöhung des Kindergeldes und
16 der Kinderfreibeträge waren die ersten Markenzeichen der neuen Koalition.

17

18 Die Unternehmen wurden in Höhe von 2,4 Mrd. Euro entlastet: Verbesserte
19 Abschreibungsbedingungen bei den geringwertigen Wirtschaftsgütern schaffen
20 Investitionsanreize und sorgen für weniger Steuerbürokratie bei kleinen und mittleren
21 Unternehmen. Die Abmilderung krisenverschärfender Regelungen wie
22 Verlustabzugsbeschränkungen, Zinsschranke und gewerbesteuerliche Hinzurechnungen helfen
23 den Unternehmen durch die Krise. Die Neuregelung der Funktionsverlagerung fördert
24 Investitionen in Forschung und Entwicklung in Deutschland. Die Abschaffung der
25 Grunderwerbsteuer bei konzerninternen Umstrukturierungen erleichtert es Unternehmen, die
26 betriebswirtschaftlich beste Organisationsform zu wählen. Dazu kommen Entlastungen bei
27 der Erbschaftsteuer in Höhe von 400 Mio. Euro und beim Beherbergungsgewerbe in Höhe
28 von 900 Mio. Euro zu Herstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen in Europa.

29

30 Die beschlossenen Entlastungen in Höhe von insgesamt 8,3 Mrd. Euro setzen erste Impulse
31 für einen stabilen und dynamischen Aufschwung – raus aus der Krise durch nachhaltiges
32 Wachstum. Die FDP versteht Steuerpolitik als wichtiges Element einer modernen
33 Standortpolitik.

34

35 **2. Einfache Besteuerungsregeln und ein verlässliches Steuerverfahren**

36 Ein faires Steuerrecht braucht einfache Regeln und ein verlässliches Verfahren. Die FDP
37 betrachtet dabei das Steuerrecht aus der Sicht des Bürgers. Wie muss ein Steuerrecht
38 aussehen, das die Bürger verstehen und bei dessen Anwendung sie sich fair behandelt fühlen?

39

40 Die FDP setzt dabei auf einen Dreiklang der Vereinfachung: Einfachere Regeln, mehr
41 Typisierung und Pauschalierung und verständlichere Erklärungsvordrucke. Im Ergebnis
42 gewinnen Bürger und Staat: Die Bürger wissen, wie sich ihre Steuerbelastung errechnet und
43 zwar ohne übermäßigen Aufwand für die Steuererklärung. Und die Finanzverwaltung kann
44 sich bei ihrer Prüfung auf die wirklich komplizierten Fälle konzentrieren. Das spart staatliche
45 Bürokratie und führt zu einem effektiveren Vollzug der Steuergesetze.

Entwurf (Stand 13.04.2010 10.00 Uhr)

61. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, KÖLN, 24. bis 25. April 2010

Seite 4

ANTRAG NR.

Zeile

1

2 Im Einzelnen:

- 3 – Es gibt unzählige **Ausnahmen** von der Steuerpflicht im deutschen
4 Einkommensteuerrecht. Wir wollen die vielfältigen Steuerbefreiung durchforsten.
5 Schließlich müssen die *Steuerzahler* diese Ausnahmen „mitbezahlen“. Die FDP stellt
6 grundsätzlich alle Ausnahmen von der Steuerpflicht, beispielsweise in § 3 des
7 Einkommensteuergesetzes, zur Diskussion. Davon ausgenommen sollen nur
8 Leistungen zur sozialen Sicherung bleiben.
- 9 – **Pauschalen** vereinfachen die Besteuerung und ersparen eine Menge Bürokratie. Nach
10 Auffassung der FDP sollten Werbungskosten in Höhe einer Pauschale von 2% der
11 Einkünfte geltend gemacht werden können.
- 12 – Die Regeln zur steuerlichen Berücksichtigung der Kosten für **Kinderbetreuung** oder
13 Hilfen im Haushalt sind nicht nur viel zu kompliziert, sondern auch ungerecht. Es
14 hängt vom Alter der Kinder und von der Art des Einkommens der Eltern ab, welche
15 Ausgaben angesetzt werden dürfen. Das bedeutet in der Praxis beispielsweise, dass bei
16 der Geburt eines Geschwisterkindes sich bei einer vorübergehenden Berufspause eines
17 Elternteils die steuerlichen Regeln in Bezug auf die Kitakosten für das ältere Kind
18 ändern. Die FDP will, dass Kinderbetreuungskosten mit den geltenden Beträgen als
19 Sonderausgaben abzugsfähig sind – auf persönliche Anspruchsvoraussetzungen bei
20 den Eltern wie beispielsweise Berufstätigkeit wird verzichtet. Eine solche Regelung
21 streben wir auch für die steuerliche Abzugsfähigkeit von **Ausbildungskosten** an.
- 22 – Die Vorschriften zur steuerlichen Absetzbarkeit des **häuslichen Arbeitszimmers** und
23 für **doppelte Haushaltsführung** führen sehr häufig zu Streitigkeiten zwischen Bürger
24 und Finanzamt. Hier setzt die FDP auf Pauschalregelungen: Zukünftig soll nicht mehr
25 jeder Einzelfall abgerechnet werden. Statt dessen sollen die anfallenden Kosten bis zur
26 Höhe der Durchschnittsmiete für eine angemessene Raum- bzw. Wohnungsgröße
27 angesetzt werden dürfen. So wird bei der Entfernungspauschale bereits verfahren.
- 28 – Die Steuerermäßigung für **haushaltsnahe Handwerksleistungen** kann heute nur in
29 Anspruch genommen werden, wenn die Reparatur *im* Haushalt stattfindet. Kann also
30 beispielsweise die Reparatur im Haushalt stattfinden, gibt es eine Steuerermäßigung –
31 muss das Gerät in die Werkstatt gebracht werden, gibt es keine Steuerermäßigung.
32 Zukünftig kommt es nur noch darauf an, dass Leistungen *für* den privaten Haushalt
33 erbracht werden, nicht im privaten Haushalt. Es entfällt die Prüfung, ob eine Reparatur
34 beim Steuerbürger oder im Handwerksbetrieb durchgeführt wurde.
- 35 – **Erstattungsüberschüsse von Sonderausgaben** werden ausschließlich im Jahr des
36 Zuflusses erfasst. Alte Steuerbescheide bleiben unverändert.
- 37 – Die steuerliche Förderung der **privaten Altersvorsorge** ist zu kompliziert und nicht
38 flexibel genug. Allein das BMF-Schreiben, das die gesetzlichen Bestimmungen
39 ausführt, umfasst 110 Seiten. Hier werden wir die Regelungen entbürokratisieren und
40 flexibilisieren. Unser Ziel ist, dass für alle Formen staatlich geförderter Altersvorsorge
41 gleiche Vorschriften gelten.
- 42 – Viele **Rentner** sind unsicher darüber, ob sie Steuern zahlen müssen. Wir wollen die
43 Rentenbesteuerung so vereinfachen, dass kein aufwändiges

61. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, KÖLN, 24. bis 25. April 2010

Seite 5

ANTRAG NR.

Zeile

- 1 Kontrollmitteilungsverfahren und keine separate Erklärungspflicht für Rentenbezüge
2 mehr notwendig sind.
- 3 – Die steuerliche Anerkennung von **Kosten für ein Pflegeheim** werden vereinfacht.
4 Zukünftig können solche Aufwendungen pauschaliert geltend gemacht werden und
5 nicht wie bisher durch den komplizierten Nachweis der Einzelkosten. Die
6 anzusetzenden Pauschbeträge werden anhand der Pflegestatistik typisiert und nach
7 Pflegestufen gestaffelt.
- 8 – Die **Rückwirkung** von Steuergesetzen hat das Vertrauen der Bürger in die
9 Verlässlichkeit des Steuerrechts in den letzten Jahren erschüttert. Um dieses Vertrauen
10 neu zu begründen werden Maßnahmen, die die Bürger belasten, nicht rückwirkend in
11 Kraft gesetzt.
- 12 – Eingetragene Lebenspartner werden im Steuerrecht benachteiligt. Diese
13 gleichheitswidrigen Benachteiligungen werden wir abbauen und so die
14 Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur **Gleichstellung von**
15 **Lebenspartnern** mit Ehegatten umsetzen.
- 16
- 17 Die FDP setzt auf eine Steuerverwaltung, die sich an den Bürgern orientiert. Der Steuerstaat,
18 wie die FDP ihn will, versteht sich auch als Dienstleister für seine Steuerbürger. Gerade im
19 **Besteuerungsverfahren** zeigt sich die Einstellung des Staates und der Verwaltung gegenüber
20 dem Bürger:
- 21 – **Steuererklärungsvordrucke** und Erläuterungen sollen zukünftig **verständlich** und
22 anwendungsfreundlich für die Steuerbürger sein.
- 23 – Die Möglichkeiten **moderner Informationstechnik** wollen wir zum Wohle der
24 Steuerbürger und unter strikter Beachtung des Datenschutzes nutzen. Alle
25 Steuerbürger werden die Möglichkeit haben, **ohne Papierbelege** mit den
26 Finanzämtern zu kommunizieren.
- 27 – Auf Wunsch wird die Finanzverwaltung den Steuerbürgern eine **vorausgefüllte**
28 **Steuererklärung** mit den bei der Finanzverwaltung vorhandenen Daten zur Verfügung
29 stellen.
- 30 – Die Steuerbürger haben einen **Anspruch auf eine verbindliche Auskunft** ihres
31 Finanzamts, wie bestimmte Lebenssachverhalte steuerlich einzuordnen sind. Die
32 Gebührenpflicht für solche Auskünfte wird auf wesentliche und aufwändige Fälle
33 beschränkt.
- 34 – Arbeitnehmer sollen ihre **Steuerklärung** auch für einen Zeitraum von **zwei Jahren**
35 abgeben können.
- 36 – Unsere Verfassung räumt aus gutem Grund der Gewaltenteilung einen herausragenden
37 Stellenwert ein. Die Verteilung der Staatsgewalt auf Gesetzgebung, Vollziehung und
38 Rechtsprechung begrenzt staatliche Macht und sichert Freiheit. Wir nehmen die
39 Gewaltenteilung auch im Steuerrecht endlich wieder ernst. **BMF-Schreiben**, die in der
40 Vergangenheit häufig Recht geschaffen haben, werden sich in Zukunft auf die
41 Auslegung der Gesetze **beschränken**.
- 42 – Die Praxis der **Nichtanwendungserlasse**, die in der Vergangenheit häufig die breite
43 Anwendung höchstrichterlicher Urteile zu Gunsten der Steuerbürger verhindert hat,
44 wird **zurückgeführt**. Wenn die ursprüngliche Intention des Gesetzgebers von der

61. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, KÖLN, 24. bis 25. April 2010

Seite 6

ANTRAG NR.

Zeile

1 Rechtsprechung nicht geteilt wird, muss der Gesetzgeber das Gesetz ändern – nicht
2 die Verwaltung.

3

4 **3. Für einen gerechten und fairen Steuertarif**

5 Der heute geltende Steuertarif ist besonders für die kleineren und mittleren Einkommen
6 ungerecht. Gerade hier, in der leistungsbereiten Mitte mit einem zu versteuernden
7 Jahreseinkommen zwischen 8.000 und 53.000 Euro, steigt die Steuerbelastung mit jedem
8 zusätzlich verdienten Euro am stärksten. Dieser sog. **Mittelstandsbauch** führt dazu, dass von
9 jedem zusätzlich verdienten Euro im unteren und mittleren Einkommensbereich zu wenig
10 übrig bleibt. Die sog. **kalte Progression** sorgt dafür, dass wegen der Inflation im Laufe der
11 Jahre immer mehr Einkommensbezieher in die Zone der größten Leistungsungerechtigkeit
12 geraten. Die FDP will das ändern: Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, „eine
13 steuerliche Entlastung insbesondere für die unteren und mittleren Einkommensbereiche sowie
14 für Familien mit Kindern in einem Gesamtvolumen von 24 Mrd. Euro (volle Jahreswirkung)
15 im Laufe der Legislaturperiode“ umzusetzen. Von diesem Entlastungsvolumen sind die bereits
16 in Kraft getretenen Maßnahmen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes in Höhe von rd. 8
17 Mrd. Euro abzuziehen, so dass ein Entlastungsvolumen von rd. 16 Mrd. Euro verbleibt. Die
18 Gesetzesänderungen sind spätestens 2012 umzusetzen, damit die Entlastungen noch in dieser
19 Legislaturperiode wirksam werden.

20

21 Durch die Umgestaltung des Steuertarifs in einen **Stufentarif** kann die Ungerechtigkeit im
22 Steuertarif weitgehend beseitigt werden. Die **Progression** im unteren und mittleren Bereich
23 wird durch Einfügung von Steuerstufen **abgemildert**. Innerhalb dieser Steuerstufen bleibt die
24 Grenzbelastung konstant. **Eingangs- und Spitzensteuersatz** bleiben genauso unverändert wie
25 die Bedingungen für den Zuschlag zur Einkommensteuer für besonders hohe Einkommen
26 (sog. Reichensteuer). Die Entlastung kommt ausschließlich den Einkommensteilen bis 53.000
27 Euro im Jahr zu gute, höhere Einkommen werden nicht zusätzlich entlastet. Dadurch wird der
28 Mittelstandsbauch und die kalte Progression weitgehend neutralisiert. Das haben im Übrigen
29 auch CDU/ CSU und SPD in ihren Wahlprogrammen gefordert.

30

31 Mit dem Stufentarif wird Ungerechtigkeit zielgenau dort abgebaut, wo sie am größten ist.
32 Auch zukünftig können Tarifanpassungen sehr viel genauer und damit effizienter erfolgen.
33 Der neue Stufentarif ist einfach und verständlich. Statt an komplizierten Steuerformeln zu
34 zweifeln, weiß jeder Steuerbürger, welche Steuerbelastung bei zusätzlichem Einkommen
35 beispielsweise aus einer Lohnerhöhung oder Überstunden auf ihn zukommt. Die
36 Steuerbelastung bleibt innerhalb der Steuerstufe konstant, so dass sich zusätzliche Leistung
37 auch wirklich lohnt. Beim Überschreiten einer Steuerstufe wird nur das übersteigende
38 Einkommen höher belastet, so dass es keine Belastungssprünge gibt. Die
39 Durchschnittsbelastung im neuen Stufentarif liegt immer unter der heutigen Steuerbelastung.
40 Am stärksten werden mittlere Einkommen entlastet.

41

42

43

44

45

< Platzhalter Grafik >

61. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, KÖLN, 24. bis 25. April 2010

Seite 7

ANTRAG NR.

Zeile

1

	Zu versteuerndes Einkommen in €	Steuersatz in %
Grundfreibetrag	8.004	-
1. Stufe bis	12.500	14 %
2. Stufe bis	35.000	25 %
3. Stufe bis	53.000	35 %
4. Stufe bis	250.730	42 %
5. Stufe über	250.730	45 %

2

3

4 Der hier dargestellte **5-Stufen-Tarif** erfüllt alle genannten Bedingungen: Er flacht den sog.
5 Mittelstandsbauch deutlich ab, er mildert die kalte Progression, er entlastet nur
6 Einkommensteile bis zu einem Jahreseinkommen von 53.000 Euro, er ist hinreichend einfach
7 und verständlich und er bewirkt ein Entlastungsvolumen von rd. 16 Mrd. Euro.

8

9 **4. Besteuerung der Unternehmen – international wettbewerbsfähig, planungssicher 10 und krisenfest**

11 Nach Auffassung der FDP müssen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen und für
12 Familienunternehmen die steuerlichen Standortbedingungen weiter verbessert werden. Kleine
13 und mittlere Unternehmen gewinnen durch den gerechten Steuertarif. Darüber hinaus steht für
14 die FDP in dieser Legislaturperiode nicht die generelle Absenkung der Steuerbelastung im
15 Vordergrund, sondern die Verringerung von Steuerbürokratie, die Vereinfachung des
16 Steuerverfahrens auch für Unternehmer und die Verbesserung der steuerlichen
17 Planungssicherheit:

18 – Wir wollen für alle Unternehmen das **Besteuerungsverfahren** so weit wie möglich
19 **vereinfachen**. Moderne Informationstechniken wollen wir nutzen, ohne die Belange
20 des Datenschutzes und die berechtigten Interessen Dritter zu vernachlässigen. Die
21 **elektronische Rechnungsstellung** soll auf möglichst unbürokratische Weise
22 ermöglicht werden. Die Bemühungen der EU-Kommission, die komplizierten und
23 uneinheitlichen Vorschriften zur elektronischen Signatur zu ersetzen, werden von der
24 FDP unterstützt.

25 – Ein **einheitliches Steuernummernsystem** macht die Kommunikation zwischen
26 Unternehmen und Finanzamt einfacher.

27 – Den amtlichen Vordruck für die Gewinnermittlung bei Einnahmen-Überschuss-
28 Rechnung (**Anlage EÜR**) werden wir, falls er nach dem Urteil des BFH überhaupt
29 Bestand hat, jedenfalls mit dem Ziel einer deutlichen Vereinfachung überarbeiten.

30 – Ziel der Bauabzugssteuer war es, illegale Betätigung im Baugewerbe zu bekämpfen.
31 Nach den Feststellungen des Bundesrechnungshofes hat sich die Situation durch die
32 Einführung der Bauabzugssteuer nicht verbessert, belastet aber Betriebe und
33 Finanzverwaltung mit Kosten und bürokratischem Aufwand. Die **Bauabzugssteuer**
34 wird **abgeschafft**.

35 – Im Steuerverfahren für die Unternehmen will die FDP den Gedanken der **zeitnahen**
36 **Betriebsprüfung** verwirklichen. Das bedeutet, dass Unternehmen auf freiwilliger
37 Basis eng mit den Betriebsprüfern zusammenarbeiten können und bereits 12 Monate

61. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, KÖLN, 24. bis 25. April 2010

Seite 8

ANTRAG NR.

Zeile

- 1 nach Abschluss des Wirtschaftsjahres den Steuerbescheid erhalten. Das schafft Rechts-
2 und Planungssicherheit auf Seiten der Unternehmen und der Finanzverwaltung. Die
3 Unternehmer können alle Kraft für die Zukunft ihres Unternehmens einsetzen. Die
4 latente Gefahr, längst abgeschlossene Sachverhalte Jahre später noch einmal
5 steuertechnisch aufarbeiten zu müssen, entfällt. Grundsätzlich müssen
6 Betriebsprüfungen innerhalb von fünf Jahren nach Beginn bzw. dann abgeschlossen
7 sein, wenn die neue Betriebsprüfung beginnt.
- 8 – Die **Dokumentationspflichten bei Verrechnungspreisen** müssen so vereinfacht
9 werden, dass insbesondere mittelständische Unternehmen nicht mit übermäßiger
10 Bürokratie belastet werden.
 - 11 – Wir werden die Regelungen zur **Verzinsung von Steuernachforderungen und**
12 **Steuererstattungen** mit dem Ziel überarbeiten, dass zukünftig ein realitätsgerechter
13 Zinssatz zugrunde gelegt wird. Bei Aufhebung, Änderung oder Berichtigung einer
14 Steuerfestsetzung oder Steuervergütung sollen zukünftig keine Säumniszuschläge
15 mehr erhoben werden.
- 16
- 17 Besonders kleinere und mittlere Unternehmen und Selbständige oder Start-Ups haben mit der
18 Kompliziertheit des Unternehmensteuerrechts zu kämpfen. Sie können oft die Mittel für
19 umfangreiche steuerliche Beratungen nicht aufbringen und haben nicht die Kapazitäten, sich
20 neben ihrem eigentlichen Unternehmensgegenstand auch noch mit steuerlichen
21 Optimierungsstrategien zu beschäftigen. Und gerade in der Krise brauchen die Unternehmen
22 viel Flexibilität, um auf neue Herausforderungen schnell reagieren zu können :
- 23 – Die FDP will die Umsatzschwelle (350.000 €) sowie die Gewinngrenze (30.000 €) für
24 die **Pflicht zur Buchführung** auf 500.000 € bzw. 50.000 € anheben. Damit ist auch
25 die Einnahmen-Überschuss-Rechnung bis zu diesen Grenzen möglich.
 - 26 – Um günstige Investitionsbedingungen zu schaffen, wird die **degressive AfA** für
27 bewegliche Güter auf Dauer erhalten.
 - 28 – Das **Umwandlungssteuerrecht** will die FDP grundlegend vereinfachen. Unternehmen
29 sollen die betriebswirtschaftlich sinnvollste Organisationsstruktur wählen, ohne
30 steuerliche Nachteile durch die Aufdeckung stiller Reserven fürchten zu müssen.
31 Gerade kleine und mittlere Unternehmen werden von der Einfachheit und der damit
32 verbundenen Rechtssicherheit profitieren.
 - 33 – Statt der komplizierten Regelungen zur Organschaft wird eine moderne und
34 europataugliche **Gruppenbesteuerung eingeführt**. Dieser Systemwechsel führt zu
35 einer wesentlichen Vereinfachung der Besteuerung verbundener Unternehmen und
36 Konzernen innerhalb Deutschlands und der EU und kommt besonders
37 mittelständischen Unternehmen zugute. Die Erfahrungen Österreichs, das bereits ab
38 2005 auf das System der Gruppenbesteuerung übergegangen ist, zeigen, dass die
39 Attraktivität als Holdingstandort so massiv gestärkt und damit das inländische
40 Steueraufkommen nachhaltig gesichert wird. In einem ersten Schritt auf dem Weg zur
41 Gruppenbesteuerung sollen als Voraussetzungen für die Anerkennung einer
42 Organschaft das Erfordernis eines Ergebnisabführungsvertrags (EAV) abgeschafft
43 werden, wenn Verluste auch wirtschaftlich vom Organträger getragen werden.

61. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, KÖLN, 24. bis 25. April 2010

Seite 9

ANTRAG NR.

Zeile

- 1 – GmbHs wird mit Zustimmung aller Gesellschafter das Recht eingeräumt, sich für eine
2 Besteuerung wie bei Personengesellschaften mit Einkommen- statt mit
3 Körperschaftsteuer zu entscheiden. Personenbezogene GmbHs werden damit zur
4 **optional transparent besteuerten GmbH (OTB-GmbH)**. Die Möglichkeit der
5 transparenten Besteuerung führt zu einer wesentlichen Vereinfachung für kleinere und
6 mittlere Unternehmen. Bei einer OTB-GmbH verlieren die Geschäftsbeziehungen
7 zwischen Gesellschaftern und Gesellschaft (Vermietung von Wirtschaftsgütern,
8 Darlehensgewährung, Geschäftsführer-Gehaltsvereinbarungen usw.) weitgehend den
9 steuerlichen Sprengstoff der **verdeckten Gewinnausschüttungen** und das Erfordernis
10 von steuerlichen Sonderbilanzen. Die Notwendigkeit zur Begründung von GmbH &
11 Co. KGs zur Vermeidung von Steuernachteilen entfällt.
12

13 5. Kommunalfinanzen

14 Die Wirtschaftskrise trifft die Gemeinden hart. Manche Kommunen müssen bis zu 60%
15 niedrigere Gewerbesteuereinnahmen verkraften; bei anderen Gemeinden fällt die
16 Gewerbesteuer auch ganz aus. Das zeigt einmal mehr, dass die Gewerbesteuer kein stabiles
17 Fundament für die Kommunalfinanzen ist. Für die Unternehmen ist die Gewerbesteuer mehr
18 als nur ein bürokratisches Ärgernis. Personenunternehmen sind zur Aufstellung einer
19 gesonderten Bilanz verpflichtet, um anschließend die Gewerbesteuer wieder mit der
20 Einkommensteuer verrechnen zu können. Allerdings klappt die vollständige Verrechnung nur
21 bei bestimmten Gewerbesteuerhebesätzen und auch nur im Gewinnfall. Gerade in der Krise
22 können so die gewinnunabhängigen Bestandteile der Bemessungsgrundlage in der
23 Gewerbesteuer dazu führen, dass Unternehmen noch tiefer in die Krise rutschen und in
24 Insolvenzgefahr geraten.
25

26 Das zeigt: Wir brauchen ein neues Gemeindefinanzsystem. Die Gemeinden brauchen zur
27 Sicherung ihrer **Finanzautonomie** eine breitere Steuerbasis. Die Finanzbeziehungen
28 zwischen den Bürgern und ihrem Staat müssen neu geordnet werden. Es ist für das Gelingen
29 von Demokratie entscheidend, dass den Bürgern klar ist, dass alles, was verteilt wird, erst
30 einmal erwirtschaftet werden muss. Es muss auch transparent sein, wer für welche Aufgaben
31 und für die Finanzierung dieser Aufgaben zuständig ist. Deshalb sollten die Bürger auch
32 merkbar an der Finanzierung der gemeindlichen Aufgaben beteiligt sein und nicht nur durch
33 die anonyme 15%ige Beteiligung der Gemeinden an der Einkommensteuer. Alle Bürger und
34 nicht nur die wenigen Gewerbebetriebe sollten sich für die Finanzierung der Gemeinde
35 verantwortlich fühlen. Schon heute erhalten die Gemeinden 15% der Einkommensteuer. Diese
36 versteckte Finanzierung durch die Bürger wollen wir offen ausweisen. Auch die
37 Gemeindesteuern müssen sich am Kriterium der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit
38 orientieren. Eine gute Kommunalsteuer, die unabhängig von der Ertragslage eines
39 Unternehmens gezahlt werden muss, gibt es nicht.
40

41 Die neue Regierung hat eine Kommission zur Neuordnung der Gemeindefinanzen eingesetzt.
42 Die Gemeindefinanzkommission wird bei ihrer Arbeit auch die langjährige FDP-Forderung
43 aufgreifen und den aufkommensneutralen Ersatz der Gewerbesteuer durch einen höheren
44 Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und
45 Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatzrecht prüfen. Das sichert die Finanzautonomie der

Entwurf (Stand 13.04.2010 10.00 Uhr)

61. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, KÖLN, 24. bis 25. April 2010

Seite 10

ANTRAG NR.

Zeile

1 Gemeinden und stärkt die Demokratie vor Ort. Für den Fall der **Ersetzung der**
2 **Gewerbsteuer** ist die Körperschaftsteuer auf 25% anzuheben, damit die Besteuerungshöhe
3 konstant bleibt.

4

5 In Anbetracht der gegenwärtig schwierigen Finanzsituation der Gemeinden ist es Ziel der
6 FDP, im Rahmen dieses Teils der Steuerreform zusätzliche Belastungen für die Gemeinden zu
7 vermeiden. Im Gegenteil: Die Gemeindefinanzausstattung muss gestärkt werden. Deshalb
8 bedarf es Maßnahmen zum Ausgleich möglicher Steuerausfälle:

- 9 - Durch die **Gemeindefinanzreform** wird die **Finanzierungsbasis** der Gemeinden
10 nachhaltig **gestärkt**.
- 11 - Durch die **verbesserten Beschäftigungsanreize** im Zusammenhang mit der Hartz-IV-
12 Reform soll die Zahl der Hartz-IV-Empfänger in dieser Legislaturperiode um einige
13 hunderttausend reduziert werden. Das würde den Aufwand der Gemeinden und die
14 Kosten für die Jobcenter deutlich verringern.
- 15 - Durch **Pauschalierung der Kosten für Unterkunft und Heizung** erreichen wir eine
16 deutliche Verwaltungsvereinfachung, einen drastischen Rückgang der Prozessflut und
17 mehr Planungssicherheit für die Gemeinden.
- 18 - Durch **Abbau von Subventionen** und durch Vereinfachung des Steuerrechts wird der
19 Ausfall an Steueraufkommen gesenkt. Alle Erfolge hier kommen auch den Haushalten
20 der Gemeinden zu Gute

21

22 **B. Aufstiegschancen schaffen – auf dem Weg zum fairen Sozialstaat**

23 Der Verlust des Arbeitsplatzes ist meist ein tiefer Einschnitt in das Leben. Er bedeutet nicht
24 allein den Verlust von Einkommen, sondern auch von Teilhabechancen am gesellschaftlichen
25 Leben, von Anerkennung und Selbstbewusstsein. Arbeitslosigkeit beraubt den Einzelnen
26 vieler Chancen, die eigenen Talente in Freiheit zu entfalten. Wenn sie sich individuell über
27 längere Zeit verfestigt, verlieren Menschen häufig ihre Motivation, ihre beruflichen
28 Fertigkeiten und Kenntnisse und damit wichtige Voraussetzungen für den Wiedereinstieg in
29 den an den Arbeitsmarkt. Ziel liberaler Politik ist es deshalb, allen den Einstieg oder
30 Wiedereinstieg in das tätige Miteinander in Wirtschaft und Gesellschaft zu ermöglichen. Wir
31 wollen eine Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die die Menschen auffängt, ihnen zugleich und
32 sogleich aber neue Perspektiven eröffnet, die eigenen Fähigkeiten zu erkennen und sich für
33 die Überwindung der eigenen Problemlage einzusetzen. Wenn Unterstützung durch die
34 Allgemeinheit und eigene Anstrengung Hand in Hand gehen, werden sich immer neue
35 Chancen auftun.

36

37 Wir wollen eine Gesellschaft, die durchlässig ist und die Aufstiegschancen bietet. Jeder muss
38 die Chance haben, den Lebensweg unabhängig von der eigenen Herkunft zu wählen. Jeder
39 muss die Chance haben, seine Situation zu verbessern und aufzusteigen.

40

41 Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich jeder – der Starke wie der Schwache - nach seinen
42 Kräften und Fähigkeiten einbringen kann. Wer aus eigener Kraft kein auskömmliches
43 Einkommen erwirtschaften kann, der hat Anspruch auf Unterstützung der Gemeinschaft. Sein
44 Einkommen wird durch das Geld der Steuerzahler ergänzt. Wo immer möglich soll Hilfe als
45 Brücke in die Eigenständigkeit dienen.

Entwurf (Stand 13.04.2010 10.00 Uhr)

61. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, KÖLN, 24. bis 25. April 2010

Seite 11

ANTRAG NR.

Zeile

1 Wir wollen eine durchlässige Gesellschaft, in der sich das Mitmachen lohnt und nicht das
2 Wegbleiben. Wir wollen keine Zweiteilung der Gesellschaft in zahlende Leistungsträger
3 einerseits und bedürftige Hilfeempfänger andererseits, die politisch gegeneinander ausgespielt
4 werden. Im Vordergrund steht für die FDP die Integration der Menschen in die Arbeitswelt.
5 Wir unternehmen alle Anstrengungen, die Menschen darin zu unterstützen, sich aus dem
6 Transferbezug so weit wie möglich zu befreien.

7

8 Mit der „Agenda 2010“ wurden verschiedene Strukturprinzipien des Wohlfahrtsstaates in
9 Frage gestellt und teilweise erneuert. Dieser Erneuerungsimpuls blieb aber inkonsequent,
10 unvollständig und teilweise widersprüchlich. Es besteht immer noch die Notwendigkeit, aber
11 auch die Chance, den Sozialstaat, ausgehend von den konkreten Bedürfnissen und zugunsten
12 der Aufstiegschancen der Menschen neu zu ordnen und sich von überholten Denkschablonen
13 zu lösen.

14

15 Dazu strebt die FDP perspektivisch die Verwirklichung des **liberalen Bürgergeldes** an. Das
16 Bürgergeld pauschaliert Leistungen und fasst diese zusammen. Damit achtet es einerseits die
17 Würde des Einzelnen, weil es ihn vor der mehrfachen und unnötigen Rechenschaftspflicht
18 gegenüber einer Vielzahl von staatlichen Stellen bewahrt. Andererseits vermeidet das liberale
19 Bürgergeld so eine unnötige und teure Bürokratisierung des Sozialstaates, durch die wertvolle
20 personelle und finanzielle Mittel den auf die Hilfe Angewiesenen verloren gehen. Durch
21 Pauschalierungen von Leistungen nimmt das liberale Bürgergeld die Betroffenen in ihrer
22 Fähigkeit zur Eigenverantwortung ernst. Es bevormundet nicht und lässt ihnen die Freiheit
23 und Verantwortung für eigene Entscheidungen.

24

25 Auf dem Weg zu einem fairen Sozialstaat schlagen wir folgende Veränderungen vor:

26

27 **1. Neuordnung der Grundsicherung (ALG II)**

28 Das Bundesverfassungsgericht hat die noch von der rot-grünen Vorgängerregierung zu
29 verantwortende Berechnung der Regelsätze als willkürlich und intransparent verworfen.
30 Insbesondere die Bedürfnisse der Kinder seien nicht sachgemäß berücksichtigt worden. Auf
31 der Grundlage der Auswertung der letzten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe werden
32 wir jetzt ein transparentes sowie sachgerechtes Verfahren zur Berechnung der Regelsätze
33 entwickeln. Dabei werden wir nicht nur das materielle Existenzminimum berücksichtigen,
34 sondern auch darauf achten, dass den Betroffenen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht wird.

35

36 Transferbezug darf nicht erblich werden, soziale Ungleichheit darf sich nicht über die
37 Generationen verfestigen. Alle Kinder müssen deshalb einen freien Zugang zu Bildung und
38 kultureller Teilhabe haben – unabhängig von Herkunft und Einkommen der Eltern. Auf dieses
39 Ziel wollen die Liberalen die unterschiedlichen Unterstützungsangebote der
40 Solidargemeinschaft fokussieren. Geldleistungen als Hilfe zum Lebensunterhalt ziehen wir im
41 Prinzip vor, weil sie eine eigenverantwortliche Lebensführung in Freiheit auch für Bedürftige
42 erlauben. In Familien, die Leistungen aus der Grundsicherung erhalten, müssen die
43 **Bedürfnisse der Kinder** jedoch nicht vollständig über Transferzahlungen gesichert werden.
44 Durch eine Verbindung von Geld- und ergänzenden Sachleistungen – in Form beispielsweise
45 von Gutscheinen für die Teilnahme an kulturellen Angeboten oder der freien

61. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, KÖLN, 24. bis 25. April 2010

Seite 12

ANTRAG NR.

Zeile

1 Mittagsverpflegung in der Schule – werden die Kinder direkt erreicht und bleiben die
2 Leistungsanreize für die Eltern unberührt.

3

4 Die **Kosten der Unterkunft** sollen nach dem Willen der FDP durch einen pauschalierten
5 Festbetrag gedeckt werden, der allerdings regionale Unterschiede im Wohnungsmarkt
6 berücksichtigen muss. Wir stärken so zum einen die Selbstbestimmung der
7 Leistungsempfänger, die frei entscheiden können, zu welchen Preisen sie Wohnraum und
8 Heizbedarf erwerben wollen. Zum anderen schaffen wir so mehr Rechtssicherheit für alle
9 Beteiligten und entlasten die Mitarbeiter der Sozialhilfeträger vor Ort sowie die
10 Sozialgerichte, indem wir die bestehende Klageflut eindämmen: Von den rund 200.000
11 Klagen gegen ALG-II-Bescheide allein im Jahr 2009 betrifft schließlich die weit
12 überwiegende Zahl diesen Komplex. Auch im Vorstand der Bundesagentur für Arbeit ist die
13 Forderung nach Pauschalierung erhoben worden.

14

15 Die FDP hat die Verdreifachung des **Schonvermögens**, das verbindlich der Altersvorsorge
16 dient, durchgesetzt, um Eigenverantwortung endlich zu belohnen, statt zu bestrafen. Die
17 selbst genutzte Immobilie soll dem staatlichen Zugriff im Fall der Bedürftigkeit entzogen
18 werden. Der Wohnkostenzuschuss soll hier ebenfalls als pauschalierter Festbetrag ausbezahlt
19 werden.

20

21 Die FDP schlägt vor, dass volljährige **zusammenlebende Partner jeweils den vollen**
22 **Regelsatz** des ALG II erhalten sollen. Die gegenwärtig bestehenden Anreize zur scheinbaren
23 oder faktischen Trennung von Bedarfsgemeinschaften würden so teilweise beseitigt, die für
24 alle Beteiligten würdelose Prüfung der Anspruchsberechtigung bis in den Intimbereich wäre
25 dann entbehrlich. Geprüft werden muss allerdings, ob die entstehenden Entlastungen bei den
26 Kosten der Unterkunft und in der Verwaltung zur Finanzierung dieser Maßnahme allein
27 ausreichend wären.

28

29 **2. Zuverdienst als Brücke in den Arbeitsmarkt**

30 Die FDP wird die Zuverdienstmöglichkeiten für Empfänger der Grundsicherung verbessern
31 und so den Menschen den Weg aus der Bedürftigkeit ebnen. Die Anreize für die Aufnahme
32 einer gering bezahlten, aber existenzsichernden Beschäftigung sind in Deutschland zu
33 schwach. Die OECD hat dies jüngst erneut moniert: Im Vergleich zu anderen europäischen
34 Ländern muss ein deutscher Arbeitnehmer mit zwei Kindern ein deutlich höheres Einkommen
35 erwirtschaften, nämlich über 60 Prozent des Durchschnittslohns, bis sich seine Arbeit
36 gegenüber dem Transferbezug spürbar lohnt. Durch diese Strukturprobleme **schaffen viele**
37 **Betroffene nicht den Weg in die finanzielle Selbstständigkeit.**

38

39 Ausdrücklich hat die OECD bemängelt, dass die derzeitigen **Freibetragsregelungen** im
40 ALG II vor allem auf geringfügige Beschäftigung konzentriert sind. Hier wurden Fehlanreize
41 gesetzt. So verdienen etwa 140.000 Menschen exakt 100 Euro, also den verrechnungsfreien
42 Grundfreibetrag. Nach dieser Grenze werden die Anreize für die teilweise Arbeitsaufnahme
43 geringer. Diese Privilegierung kleiner Einkommen ist indes statistisch von der Bundesagentur
44 für Arbeit widerlegt: Menschen verbleiben signifikant seltener im Transferleistungsbezug,
45 wenn sie parallel ein Brutto-Einkommen über 800 Euro erzielen. Fast 90 Prozent gelingt es

61. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, KÖLN, 24. bis 25. April 2010

Seite 13

ANTRAG NR.

Zeile

1 dann binnen zweier Jahre, die Bedürftigkeit vollständig zu verlassen. Dennoch privilegiert die
2 Sozialpolitik gegenwärtig kleinere Einkommen gegenüber höheren. Den geringsten Anreiz
3 bietet das aktuelle System sogar, die 800-Euro-Schwelle zu überwinden. Dies verfestigt
4 Langzeitarbeitslosigkeit mit kleinem Zuverdienst. Diese Situation will die FDP aufbrechen,
5 indem wir die **Zuverdienstmöglichkeiten neu regeln** und den **Anreiz zur Arbeitsaufnahme**
6 bei zunehmendem Einkommen verstärken. Das ist fair, macht jeden Schritt aus der
7 Abhängigkeit heraus attraktiver und führt im Ergebnis zu einem Sog in voll
8 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Die FDP bringt zwei konkret
9 Gestaltungsvarianten in die Gespräche mit dem Regierungspartner, der CDU/CSU, ein: Das
10 erste Modell lässt den Grundfreibetrag von 100 Euro bestehen. Zwischen 100 und 1000 Euro
11 Einkommen bleiben in diesem Model 40 Prozent des Einkommens anrechnungsfrei. Bei
12 darüber liegenden Einkommen bliebe es bei den heutigen Anrechnungsverhältnissen. Das
13 zweite Modell verrechnet das Einkommen bis 200 Euro bis auf einen Grundfreibetrag von 40
14 Euro komplett. Bis zu einem Einkommen von 400 Euro bleiben 40 Prozent anrechnungsfrei,
15 bis zu einem Einkommen von 1000 Euro 50 Prozent. Auch bei dieser Variante bliebe die
16 Gesetzeslage bei darüber liegenden Einkommen unverändert.

17
18 Die FDP lehnt dementsprechend die Stigmatisierung des ergänzenden Teilbezugs von ALG II
19 zu einem Erwerbseinkommen ab: „**Aufstocken**“ **darf kein Schimpfwort sein**. Arbeit ist
20 entscheidend für die persönliche Entfaltung, das Selbstwertgefühl und die gesellschaftliche
21 Teilhabe. Wegen dieser besonderen Bedeutung für die Persönlichkeitsentwicklung wäre
22 Vollzeitbeschäftigung für uns auch dann zu begrüßen, wenn jemand gleichzeitig ergänzende
23 Leistungen bezieht. Oft sind Aufstocker indes in Teilzeit beschäftigt. Ihr Stundenlohn
24 übertrifft in vielen Fällen den individuellen Äquivalenzlohn, der bei einer Vollzeittätigkeit das
25 Ende ihrer Bedürftigkeit markiert. Ihre Aufstiegsperspektive ist deshalb die Ausweitung der
26 Arbeitszeit. Eine Verbesserung der positiven Anreize zum Herauswachsen aus einem Mini-
27 Job oder einer Teilzeittätigkeit durch bessere Zuverdienstmöglichkeiten ist somit auch in
28 dieser Hinsicht notwendig. Schließlich sollte die Eigeninitiative von Jugendlichen gefördert
29 und nicht bestraft werden. Im Bereich der Ferienjobs ist aber genau das der Fall. Gerade hier
30 werden die ersten, wertvollen Erfahrungen mit der Arbeitswelt gemacht. Und gerade hier
31 führen die aktuellen Zuverdienstregeln dazu, dass sie die eigene Arbeit kaum lohnt.
32 Beispielsweise durch eine jährliche Freibetragsregelung, ließe sich dem effektiv
33 entgegenwirken und sicherstellen, dass **im Ferienjob selbst verdientes Geld auch bei den**
34 **Jugendlichen ankommt**.

35
36 Geringverdiener sollten durch eine **Absenkung der Sozialabgaben** entlastet werden. Dazu
37 trägt die Effizienzsteigerung der sozialen Sicherungssysteme bei. Auch die im
38 Koalitionsvertrag vereinbarte Gesundheitsreform dient diesem Ziel. Darüber hinaus prüfen
39 wir konkret die **Erhöhung der Grenze sozialversicherungspflichtiger Midi-Jobs auf 1000**
40 **Euro**. Der Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge bis zur vollen Belastung wird
41 entsprechend gestreckt.

42
43 Mehr als ein Viertel aller Alleinerziehenden, nämlich 27 Prozent, erhalten Leistungen aus der
44 Grundsicherung. Um ihnen eine Erwerbsperspektive zu eröffnen, muss die **Kinderbetreuung**

61. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, KÖLN, 24. bis 25. April 2010

Seite 14

ANTRAG NR.

Zeile

1 **verbessert** werden: Für alle Altersgruppen muss ein qualitativ hochwertiges Angebot
2 bestehen, das die beruflichen Bedürfnisse erwerbstätiger Eltern berücksichtigt.

3

4 **3. Bekämpfung der Schwarzarbeit**

5 Die FDP will die Schwarzarbeit stärker als bisher bekämpfen. Schwarzarbeit vernichtet
6 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, enthält dem Staat Einnahmen vor und belastet die
7 ehrlichen Bürger sowie die Sozialsysteme. Ließen sich alle durch Schwarzarbeit geleisteten
8 Arbeitsstunden in die Legalität überführen, so würden dadurch rund 1.000.000
9 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstehen. Die Alltagserfahrung zeigt, dass in
10 bestimmten Fällen Schwarzarbeit und missbräuchlicher Sozialleistungsbezug verbunden
11 werden. Deshalb sind die Erhöhung der Zuverdienstgrenzen und die Bekämpfung der
12 Schwarzarbeit korrespondierende Maßnahmen. Die Zusammenarbeit von Bundesagentur für
13 Arbeit und Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) muss verbessert werden. Deshalb ist die
14 Zusammenarbeitsvereinbarung für den Rechtskreis des SGB II zeitnah zu schließen. Darüber
15 hinaus hält die FDP die zusätzliche Bereitstellung von Zoll-Verbindungsbeamten, die als
16 direkte Ansprechpartner für die Mitarbeiter der Sozialverwaltung bzw. der Leistungsträger zur
17 Verfügung stehen, für sinnvoll. Die Kontrollen können so besser vernetzt und im Ergebnis
18 wirksamer werden. Die Wirkung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) auf den
19 Schwarzarbeitsmarkt muss durch Evaluationsinstrumente messbar werden.

20

21 **4. Zusammenführung von Leistungen**

22 Die Vielzahl der Sozialleistungen ist inzwischen zu einem Dschungel gewachsen. Er ist für
23 Bedürftige wie den Staat selbst nicht mehr durchschaubar. Die Wirksamkeit der Instrumente
24 und ihr Zusammenwirken sind zu oft nicht bekannt. Im schlimmsten Fall schaffen sie
25 Fehlanreize und behindern statt zu helfen. Die FDP bekräftigt deshalb ihre Forderung nach
26 einer **Gesamtübersicht und -evaluation aller sozialen Leistungen** mit dem Ziel ihrer
27 Bündelung. Diese Aufgabe der Bundesregierung ist im Koalitionsvertrag verankert und muss
28 nun mit Leben gefüllt werden.

29

30 Das Wohngeld und der Kinderzuschlag sind Leistungen außerhalb des ALG II, die mit diesem
31 nicht abgestimmt sind. Deshalb sollen sie nach dem Willen der FDP langfristig in der
32 Grundsicherung aufgehen. Das Sozialgeld soll in die Sozialhilfe integriert werden.
33 Langfristiges Ziel bleibt die **Zusammenlegung von ALG II und Sozialhilfe**.

34

35 Durch die **Zusammenlegung von Behörden** können Effizienzreserven gehoben und
36 gleichzeitig Qualitäten verbessert werden: Insbesondere die Familienkassen – Statistiken
37 beziffern ihre Zahl auf 12.000 –, Sozialhilfeträger und weitere Behörden können
38 zusammengefasst werden. Dadurch werden zugleich Verfahrensmängel beseitigt.
39 Familienkassen und Grundsicherungsträger koordinierten beispielsweise zu Beginn des Jahres
40 nicht ihre Zahlungen, sodass am Ende viele Familien sogar Gelder zurückzahlen mussten. In
41 der Perspektive strebt die FDP eine noch weitere Konzentration der öffentlichen
42 Verwaltungen an. In den Niederlanden zieht etwa das Finanzamt nicht nur Steuern ein,
43 sondern zahlt auch Sozialleistungen an die Bürger aus.

44

45

61. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, KÖLN, 24. bis 25. April 2010

Seite 15

ANTRAG NR.

Zeile

1 **5. Vermittlung in den Arbeitsmarkt**

2 Jeder von Arbeitslosigkeit Betroffene hat einen Anspruch auf eine wirksame Unterstützung
3 beim Wiedereinstieg in den Beruf. Übergeordnetes Ziel aller Maßnahmen ist, die Betreuung
4 vor Ort schneller und zielgenauer zu machen, um die Menschen so wieder in Beschäftigung
5 zu bringen und niemanden zurückzulassen oder aufzugeben. Dazu gehört die Unterstützung
6 bei der Suche nach einem Arbeitsplatz, die passgenaue Beratung der Arbeitgeber und die
7 nötige Qualifizierung der Arbeitssuchenden. Daher wollen wir die Fachkompetenz und
8 Motivation der Mitarbeiter in der Arbeitsvermittlung vor Ort fördern. Wir wollen eine
9 anerkennende, leistungsbezogene Entlohnung prüfen und ihre Qualifizierung verbessern. Die
10 Dauer des Einarbeitungsprogramms für neu eingestellt Arbeitsvermittler sollte verlängert
11 werden, denn die vermittelten Kenntnisse reichen für kompetente Vermittlung und sichere
12 Rechtsanwendung heute oft nicht aus. Im Regelfall sollte die Relation zwischen Vermittlern
13 und Kunden 1:75 bei unter 25jährigen betragen, während ansonsten ein Verhältnis von 1:150
14 anzustreben ist. Um eine optimale Betreuung gerade bei den Jugendlichen zu erreichen,
15 sollten vor Ort die rechtlichen und organisatorischen Möglichkeiten genutzt werden, die
16 bereits heute ein reibungsloses Ineinandergreifen von Jugendhilfe und Arbeitsvermittlung
17 ermöglichen. Schließlich ist zu prüfen, ob eine kostenneutrale Erhöhung der
18 Qualifizierungsmittel möglich ist. In jedem Fall gilt es, die noch vorhandenen Effizienz- und
19 Sparpotenziale bei der Bundesagentur für Arbeit wirksam zu nutzen. Um jede Chance auf
20 einen Arbeitsplatz zu nutzen, muss zudem die Zusammenarbeit mit privaten
21 Arbeitsvermittlungen im Alltag weiter vereinfacht werden.

22

23 Die Qualifizierungsarbeit der Bildungsträger muss verbessert werden. Zur Zertifizierung der
24 Träger und Maßnahmen ist eine unabhängige Stelle einzurichten oder zu beauftragen, die
25 nicht in Konkurrenz mit potenziellen Trägern steht. Die FDP spricht sich für ein Ranking der
26 Qualifizierungsmaßnahmen aus, das von einer unabhängigen Stelle verwaltet wird.

27

28 Im Zuge der Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung im Rechtskreis des SGB II wird ein
29 klares Transparenzsystem eingeführt. Die Arbeitsergebnisse der unterschiedlichen
30 Leistungserbringer müssen vergleichbar sein. Transparenz und Benchmarking des Erfolges
31 der jeweiligen Kreise und Leistungsträger in der Arbeitsvermittlung sind Grundlage für einen
32 produktiven Wettbewerb untereinander. Es bleibt zu prüfen, ob die Datenerhebung zukünftig
33 beim Statistischen Bundesamt angesiedelt oder durch dieses überprüft werden sollte.

34

35 Wir wollen dem Grundsatz **„Keine Leistung ohne Gegenleistung“** überall Geltung
36 verschaffen. Demjenigen, der arbeitsfähig ist und die Aufnahme einer Arbeit verweigert,
37 werden die Leistungen für den Lebensunterhalt durch eine konsequente Anwendung der
38 bestehenden Rechtslage gekürzt. Die extreme Spreizung der Sanktionsquoten – in Bayern
39 wird zu gut 50 Prozent öfter sanktioniert als in Bremen – ist auch ein Indiz dafür, dass die
40 Rechtsanwendung unterschiedlich erfolgt und mancherorts verbesserungswürdig ist.

41

42 Arbeitsgelegenheiten wie 1-Euro-Jobs sollten nach Auffassung der FDP dort angeboten
43 werden, wo sie der Qualifizierung und Integration in den Arbeitsmarkt von
44 Langzeitarbeitslosigkeit dienen. Sie sind jedoch keine reguläre Gegenleistung für den
45 Leistungsbezug, insbesondere da dies sozialversicherungspflichtige Beschäftigung massiv

Entwurf (Stand 13.04.2010 10.00 Uhr)

61. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, KÖLN, 24. bis 25. April 2010

Seite 16

ANTRAG NR.

Zeile

1 gefährden würde. Dies zeigt auch der einschlägige Bericht des Bundesrechnungshofs aus dem
2 Jahr 2008. Bei 80 Prozent der 1-Euro-Jobs wurde beanstandet, dass sie nicht zusätzlich,
3 sondern anstatt solcher Aufgaben stattfanden, die eigentlich durch reguläre Beschäftigung
4 abgedeckt werden müssten. Aktuelle Forderungen nach einem so genannten
5 gemeinwohlorientierten Arbeitsmarkt sind deshalb volkswirtschaftlich schädlich – und
6 verdecken, dass Menschen Chancen auf reguläre Arbeit durch die Verriegelung eines
7 Niedriglohnssektors vorenthalten bleiben sollen.

8

9 Die Mitnahme von Sozialleistungen ist verantwortungslos und darf von der Gesellschaft nicht
10 toleriert werden – das gilt für Leistungsbezieher genauso wie für Arbeitgeber. Mit ehrlichen
11 Kaufmannstugenden, auf denen nach Überzeugung der FDP unsere Wirtschaftsordnung
12 basiert, ist nicht vereinbar, wenn einzelne Arbeitgeber beispielsweise systematisch mit einem
13 ergänzenden Sozialleistungsbezug ihrer Vollzeitkräfte kalkulieren, Subventionen mitnehmen
14 oder missbräuchlich von Kriseninterventionen wie dem Kurzarbeitergeld profitieren wollen.
15 Es wäre aber falsch, die Gesamtheit der deutschen Unternehmen unter einen Generalverdacht
16 zu stellen. Dennoch muss auch hier der Sozialstaat durch wirksame Kontrolle und Evaluation
17 Exzesse verhindern. Insbesondere wenn einzelne Arbeitgeber die Ausweitung der
18 Zuverdienstmöglichkeiten für Lohndumping nutzen wollen, werden wir diesen
19 Missbrauchsversuchen wirksam Einhalt gebieten.

20

21 **6. Tarifaufonomie statt staatlicher Lohnpolitik**

22 Einen gesetzlichen Mindestlohn lehnen wir strikt ab, weil er naturgemäß nicht flexibel wäre,
23 eine für viele Grundsicherungsempfänger kaum zu überwindende Marktzugangsbarriere
24 errichten und insgesamt Arbeitsmöglichkeiten in großem Umfang vernichten würde. Die FDP
25 sieht die Gefahr, dass ein staatlicher Mindestlohn Gegenstand eines Überbietungswettbewerbs
26 in Wahlkämpfen werden würde – und sich dann von der Entwicklung der Produktivität in
27 unserer Volkswirtschaft in gefährlicher Weise abkoppeln könnten. Die Rechtsprechung zum
28 Verbot sittenwidriger Löhne werden wir gesetzlich verankern und das bestehende
29 branchenbezogene Allgemeinverbindlichkeitsinstrumentarium evaluieren.

30

31 **C. Solide Staatsfinanzen**

32 Eine Steuerreform ist finanzpolitisch notwendig und haushaltspolitisch möglich. Der
33 Bundeshaushalt 2010 umfasst ein Volumen von 319,5 Mrd. Euro. Damit ist offensichtlich,
34 dass der Staat weniger ein Einnahmen-, als vielmehr ein Ausgabenproblem hat. Die
35 haushaltspolitischen Probleme des Staates können und müssen deshalb auf der Ausgabenseite
36 gelöst werden. Die FDP bekennt sich klar zum Ziel eines ausgeglichenen Haushalts. Die
37 Regelungen zur Schuldenbremse müssen eingehalten werden. Um die dazu notwendigen
38 Rahmendaten zu erreichen, setzt die FDP auf eine wachstumsorientierte Politik sowie auf
39 eine konsequente **Überprüfung aller staatlicher Vorgaben, Aufgaben und Ausgaben**. Die
40 „goldenen Regeln“ zur Haushaltspolitik, die wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben,
41 nehmen wir ernst. Das bedeutet insbesondere einen Finanzierungsvorbehalt für die
42 Ausweitung staatlicher Leistungen. Der Einstieg in eine einfaches und gerechtes Steuersystem
43 mit niedrigen Sätzen ist bereits für sich genommen ein Beitrag zu mehr sozialer
44 Gerechtigkeit. Die umfassende Entlastung der Unternehmen sowie der Bürgerinnen und
45 Bürger rechtfertigen es, Subventionen und soziale Leistungen kritisch zu hinterfragen. Die

Entwurf (Stand 13.04.2010 10.00 Uhr)

61. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, KÖLN, 24. bis 25. April 2010

Seite 17

ANTRAG NR.

Zeile

1 FDP will eine gesamtgesellschaftliche Diskussion darüber, welche Angelegenheiten privat
2 und welche Angelegenheiten durch den Staat erfüllt werden können und müssen. Die
3 Steuerreform der FDP ist ein Einstieg in einen modernen Sozialstaat, der soziale
4 Gerechtigkeit nicht über die Menge des umverteilten Geldes, sondern die Erreichung
5 sozialpolitischer Ziele definiert. Soziale Gerechtigkeit darf nicht nur auf der Ausgabenseite
6 stattfinden. Auch die gerechte Besteuerung der Bürgerinnen und Bürger ist ein Frage sozialer
7 Gerechtigkeit.

8

9 **1. Politik für Wachstum und Beschäftigung**

10 Die FDP steht für eine Politik für Wachstum und Beschäftigung. Eine gerechte
11 Steuerbelastung schafft finanziellen Spielraum für Konsum und Investitionen.
12 Steuersenkungen stärken im Übrigen die Binnenkonjunktur, wie es von der OECD gefordert
13 worden ist. Empirische Studien renommierter Ökonomen wie Christina und David Romer in
14 den USA und Harald Uhlig und Matthias Trabant in Deutschland haben nachgewiesen, dass
15 Steuersenkungen eine deutlich höhere Wachstumswirkung erzeugen als erhöhte
16 Staatsausgaben in gleichem Volumen. Ein faires Sozialsystem schafft Anreize für
17 Beschäftigung. Transferbezieher werden zu Steuer- und Beitragszahlern. Weniger Bürokratie
18 und staatliche Vorgaben entlasten Bürger, Unternehmen, aber auch die Verwaltung:

19 - Nach einer Faustformel verbessert ein Abbau der Arbeitslosigkeit um **100.000**
20 **Menschen** den Finanzierungssaldo zugunsten der öffentlichen Kassen um **zwei Mrd.**
21 **Euro**. Durch die wieder anspringende Wirtschaft sollte in dieser Legislaturperiode ein
22 Abbau der Arbeitslosigkeit um 500.000 möglich sein. Die öffentlichen Kassen würden
23 um **10 Mrd. Euro** entlastet.

24 - Steuersenkungen finanzieren sich durch ihre wachstumssteigernde Wirkung in
25 wenigen Jahren zu rund 50% selbst. Dies wird durch wissenschaftliche
26 Untersuchungen bestätigt.

27 - Ein einfaches Steuersystem senkt die Bürokratiekosten für Bürger, Wirtschaft und
28 Verwaltung. Steuererklärungen sind schneller erarbeitet und schneller bearbeitet, damit
29 erhält auch die Wirtschaft mehr Planungssicherheit. Die steuerliche Überprüfung
30 gestaltet sich für die Finanzverwaltungen sehr viel einfacher. Sie können einfacher,
31 schneller und damit intensiver prüfen, so dass Steuerhinterziehung besser bekämpft
32 und deutlich reduziert werden kann.

33 - In Deutschland wird das jährliche Volumen der Schwarzarbeit auf 360 Milliarden Euro
34 geschätzt. Wenn es gelingt, durch ein einfaches und niedriges Steuerrecht, aber auch
35 durch eine schlagkräftige Finanzverwaltung nur 10 Prozent dieser Wertschöpfung in
36 die Legalität zu holen, würde sich die Situation der öffentlichen Kassen um 10 Mrd.
37 Euro verbessern.

38

39 **2. Weniger Subventionen - mehr Freiheit**

40 Das Steuerkonzept der FDP ist verbunden mit einer umfassenden Vereinfachung. Dazu gehört,
41 dass Subventionstatbestände auf den Prüfstand gestellt werden. Die FDP bekennt sich zu dem
42 Dreiklang aus Steuerreform, Steuervereinfachung und Subventionsabbau. Die Senkung der
43 Steuerlast legitimiert auch die kritische Überprüfung existierender Subventionstatbestände.
44 Der Abbau von Subventionen und Ausnahmetatbestände ist auch ein wesentlicher Beitrag zu
45 niedrigen, einfachen und gerechten Steuern. Das Gesamtvolumen an Subventionen in

61. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, KÖLN, 24. bis 25. April 2010

Seite 18

ANTRAG NR.

Zeile

1 Deutschland beträgt über 50 Mrd. Euro. Nach dem 22. Subventionsbericht der
2 Bundesregierung liegt der Anteil des Bundes im Jahr 2010 bei 24,4 Mrd. Euro. Davon
3 entfallen auf Steuervergünstigungen 17,6 Mrd. Euro und auf Finanzhilfen 6,8 Mrd. Euro. Die
4 FDP setzt sich für die Überprüfung dieser Subventionen ein.

5 Darüber hinaus kommen folgende Maßnahmen in Betracht:

- 6 – Durchforstung der mehr als 70 Steuerbefreiungen in § 3 des
7 Einkommensteuergesetzes. Die Steuerfreiheit von Lohnersatzleistungen wie
8 Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld oder Erziehungsgeld bleibt davon ausgenommen.
- 9 – Überprüfung der steuerlichen Vergünstigungen für Unternehmen im Strom- und
10 Energiesteuergesetz (Volumen: 7,1 Mrd. Euro).
- 11 – Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für den international einheitlichen
12 Wegfall der Steuerfreiheit für Flugbenzin einzusetzen.
- 13 – Grundsätzliche Überarbeitung der Produkte und Leistungen im Hinblick auf die
14 unterschiedlichen Umsatzsteuersätze.
- 15 – Einführung der Umsatzsteuerpflicht für öffentliche Unternehmen z.B. bei Abfall- und
16 Abwasserentsorgung zur Herstellung von Wettbewerbsgleichheit mit privaten
17 Anbietern.
- 18 – Beschleunigter Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlebergbau (Entlastung in
19 Höhe von 0,5 Mrd. Euro).

21 3. Sparsamer Umgang mit Steuergeldern

22 Sparsamkeit im Umgang mit Steuergeldern ist ein wichtiger Grundsatz staatlichen Handelns.
23 Auf manche Ausgaben muss ganz verzichtet werden, andere müssen effizienter im Hinblick
24 auf die Zielerreichung ausgerichtet werden. Ideologische Scheuklappen darf es nicht geben:
25 Wenn ein politisches Ziel mit den geltenden Regeln nicht erreicht wird, muss umgestaltet
26 werden. Die steuerliche Entlastung führt zu einem positiven Spardruck auf den Staat und
27 zwingen diesen verstärkt, Effizienzreserven zu nutzen und seine Ausgaben zu hinterfragen.
28 Die Gewährung staatlicher Transferleistungen, die nicht auf Beiträgen beruhen, wird künftig
29 von einer strikten Bedarfsprüfung abhängig gemacht; wer nicht bedürftig ist, bekommt keine
30 Leistung.

- 31 – Überprüfung und Bündelung familienpolitischer Leistungen mit dem Ziel, die
32 Leistungen effizienter zu gestalten.
- 33 – Unterhaltszahlungen ins Ausland sind nur noch dann steuerlich abziehbar, wenn sie
34 dort nachweislich versteuert werden. Zudem werden nur noch Banküberweisungen
35 akzeptiert, keine Barzahlungen mehr, um Missbrauch zu verhindern(wie bei
36 haushaltsnahen Dienstleistungen im Inland)
- 37 – Transparente Gestaltung von Sozialleistungen; Schaffung gleicher Voraussetzungen
38 für alle Berechtigten (vgl. Bericht des Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der
39 Verwaltung v. 23.11.2009)
- 40 – Konzentration der aktiven Arbeitsmarktpolitik der Bundesagentur für Arbeit auf
41 erfolgversprechende Projekte (Einsparung in Milliardenhöhe möglich).
- 42 – Überprüfung von Standards und Normen bei öffentlichen Investitionen; z.B.
43 Absenkung der Standards im Straßenbau
- 44 – Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für öffentliche und private Investitionen

61. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, KÖLN, 24. bis 25. April 2010

Seite 19

ANTRAG NR.

Zeile

- 1 – Rüstungsprojekte sind in enger internationaler Abstimmung der geänderten
2 Sicherheitslage und den neuen Aufgaben der Bundeswehr anzupassen. Über neue
3 Rüstungsbeschaffungen ist mit unseren europäischen und internationalen Partnern
4 nach einer sorgfältigen Kosten-/Nutzenabwägung gemeinsam zu entscheiden.
5

6 **4. Moderne und effiziente Verwaltung**

7 Weniger und bessere staatliche Vorgaben sind Grundlage für eine effiziente Verwaltung. Aber
8 auch verwaltungsintern sind Einsparungen möglich, wenn beispielsweise die Möglichkeiten
9 der modernen Informationstechnik konsequent genutzt werden oder vielfältige
10 Doppelstrukturen zwischen unterschiedlichen Verwaltungsträgern abgebaut werden:

- 11 – Wegfall der Dynamisierung der Regionalisierungsmittel für den ÖPNV; im Gegenzug
12 werden beim Einkauf von Verkehrsleistungen Effizienz- und
13 Kostensenkungspotentiale genutzt. Die Monopolkommission (Sondergutachten Nr. 49)
14 sieht Einsparpotential von ca. 1 Mrd. Euro.
- 15 – Umstellung der Schienenwegefinanzierung; Selbstfinanzierung der Neu- und
16 Ausbaumaßnahmen durch DB Netz AG unter Beteiligung des Bundes an den
17 Finanzierungskosten.
- 18 – Stärkere Bündelung öffentlicher Einkäufe (nach einem Gutachten des
19 Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft besteht bei Bund,
20 Ländern und Gemeinden ein Einsparpotential von jährlich 36 Mrd. Euro).
- 21 – Fortsetzung der Bekämpfung der Steuerhinterziehung, insbesondere des
22 Umsatzsteuerbetrugs; das IFO-Institut hält einen zweistelligen Milliardenbetrag an
23 Steuermehreinnahmen für möglich.
- 24 – Überprüfung der staatlichen Verwaltungsapparate auf ihre Effizienz; z.B. Integrierung
25 der über 12.000 Familienkassen in die Finanzämter: Nicht einmal dem
26 Bundesrechnungshof ist die genaue Anzahl der Familienkassen bekannt. Das führt zu
27 mangelnder Aufsicht, zu fehlerhaften Bescheiden mit zahlreichen Doppelzahlungen
28 sowie zu parallelen Prüfungen von Familienkassen und Finanzämtern, oft mit
29 unterschiedlichen Ergebnissen. Solche ineffizienten Verwaltungsstrukturen können wir
30 uns nicht mehr leisten.
- 31 – Beseitigung von Schwachstellen und Vollzugsdefiziten in der Verwaltung bei Bund
32 und Ländern, z.B. Doppelzahlung von Kindergeld (vgl. Bericht des
33 Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung v. 23.11.2009)
- 34 – Verbesserung der Kooperation der Verwaltungen von Bund und Ländern sowie der
35 Kooperation zwischen den Ländern insbesondere bei der Bekämpfung von
36 Steuerhinterziehung
- 37 – Effektiverer Einsatz des Personals in der Finanzverwaltung infolge eines vereinfachten
38 Steuerrechts
- 39 – Pauschalierung von Wohngeld und Nebenkostenzuschuss im Rahmen des ALG II
40 unter Berücksichtigung regionaler Verhältnisse (dient der Verwaltungsvereinfachung
41 und der Eindämmung der Klageflut)
- 42 – Stärkung des Normenkontrollrates zur Vermeidung von neuer überflüssiger Bürokratie
43

61. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, KÖLN, 24. bis 25. April 2010

Seite 20

ANTRAG NR.

Zeile

- 1 – Überprüfung von „ELENA“ im Hinblick auf Datenschutz und unzumutbare
- 2 Belastungen für den Mittelstand
- 3 – Weiterer Abbau der Beschäftigtenzahl im öffentlichen Dienst im Umfang von 1,5 %
- 4 pro Jahr und Kürzung der sächlichen Verwaltungskosten.
- 5

6 **5. Verbesserung der staatlicher Einnahmen ohne Steuererhöhungen**

7 Nach den „goldenen Regeln“ des Koalitionsvertrags stehen alle staatlichen Einnahmen
8 grundsätzlich dem Gesamthaushalt zur Verfügung. In diesem Sinne gilt:

- 9 - Die Einnahmen aus dem Emissionshandel stehen künftig dem Gesamthaushalt zur
- 10 Verfügung. Sie sind nicht mehr zweckgebunden, soweit nicht verpflichtende
- 11 Vereinbarungen auf EU-Ebene entgegenstehen.
- 12 – Die aus der Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke resultierenden
- 13 Mehreinnahmen stehen neben der im Koalitionsvertrag vereinbarten Förderung einer
- 14 zukunftsfähigen und nachhaltigen Energieversorgung und –nutzung dem
- 15 Gesamthaushalt zur Verfügung.
- 16 – Erlöse aus der Versteigerung drahtlosen Netzzugangs-Frequenzen fließen in den
- 17 Gesamthaushalt.
- 18 – Weitere Privatisierungserlöse stehen den Haushalten der jeweils zuständigen
- 19 Gebietskörperschaften zur Verfügung.